nahmte Schiffe; eins hat Material zum Bau eines russischen Torpedobootzerstörers an Bord.

Japanischer Größenwahn.

In der „Revue de Paris" veröffentlicht ein Anonymus eine lesenswerte Abhandlung über „Japan und den Frieden". Dabei stützt er sich mit genauer Quellenangabe auf rein japanische Dokumente, d. h. auf Zeitungsartikel und Schriften, die in japanischer Sprache verfaßt sind, oder auf Reden, welche japanische Publizisten, Gelehrte oder Diplomaten gehalten haben. „Asien den Asiaten" ist schon lange die geheime Losung der Japaner". Nach dem Friedensschlusse soll das „größere Japan" mit Korea die ganze Mandschurei umfassen, welche China zum Schein regieren durfte, und nicht nur die Mandschurei, sondern auch Wladiwostok und den ganzen östlichen Küstenstrich, damit Rußland nicht mehr eine Flotte im Stillen Ozean sammeln kann und die japanischen Fischer freie Hand haben. Hinsichtlich Sibiriens sind die Ansichten geteilt. Der Diplomat Graf Okuma würde sich mit der Abtretung der östlichsibirischen und der transsibirischen Bahn von Charbin nach Wladiwostok zufrieden geben, allerdings unter der Bedingung, daß Rußland keine hohen Grenzzölle erhöhe. Der Professor Tosiya, der an der Universität Tokio über internationales Recht liest, wäre anderer Meinung. Rußland müßte an Japan ganz Sibirien östlich vom Baikal abtreten und bis an den Jenissei oder wenigstens bis an die Lena zurückweichen. Das transbaikalische Land dürfte sich unter der Oberhoheit Japans selbst regieren, etwa wie Kanada oder Australien; die diplomatischen und militärischen Angelegenheiten blieben unter japanischer Kontrolle. Man würde die Einwanderung von Russen, Japanern, Chinesen, Juden begünstigen und die Bildung eines Staates fördern, der nicht ausschließlich japanisch wäre, aber den Russen den Weg zu versperren hätte. Japan ist der „Kopf Ostasiens". Sind die Russen einmal hinausgeworfen, so wird es an die Neubelebung des äußersten Ostens schreiten müssen. Dann wird seine erste Pflicht, wie Kawasaki in der Zeitschrift „Toho Kyokai" darlegt, sein, die Intervention der Europäer und ihre Besitzergreifung chinesischer Territorien zu verhindern. Wie schon erwähnt, soll die Mandschurei an China zurückfallen, aber unter zahlreichen Vorbehalten, sagte Graf Okuma am 23. Oktober 1904 in der korea-mandschurischen Gesellschaft. China wird bevormundet, Korea annektiert. Diese beiden Länder sollen Japan die nötigen Bodenerzeugnisse liefern, es selbst aber soll treiben, durch Handel und Gewerbe Europa und Amerika ebenbürtig zu werden. Die diplomatische Vertretung Koreas in Europa wäre womöglich abzuschaffen, und auch davon ist in der „Toho Kyokai" schon die Rede, daß alle Uebereinkommen der europäischen Staaten mit ostasiatischen Ländern die Genehmigung Japans haben müßten, ohne die überhaupt nicht unterhandelt werden dürfte. Das alles soll nach Graf Okuma mit Hilfe des Friedens durchgeführt werden, denn Japan will den Fortschritt der Zivilisation und daß „das arme chinesische Volk aus seiner Hölle in den Himmel geführt werde". Es mögen Mißverständnisse vorkommen, welche sogleich durch die Waffen geschlichtet werden müssen. Das aber nur vorübergehend. Man sieht, so bemerken die „H. N." aus diesen Veröffentlichungen wieder einmal, bis zu welcher Höhe der japanische Größenwahn sich versteigt und wie er alle europäischen Mächte, die Interessen in Ostasien haben, gleichmäßig bedroht.

Politische Tagesschau.

Leipzig, 7. Februar.

Die Automobilmedaille.

Bei der Eröffnung der Internationalen Automobilausstellung, die vor einigen Tagen in Berlin stattgefunden hat, überreichte der Präsident des französischen Automobilklubs dem Kaiser eine Erinnerungsmedaille. Er hielt dazu eine französische Ansprache, und der Kaiser erwiderte auf französisch angeblich folgendes:

„Mr. le Baron! Je suis infiniment reconnaissant pour les paroles avec lesquelles vous avez bien voulu accompagner la présentation de la plaquette commémorative. Je l'accepte avec plaisir et je me flatte qu'elle est une marque délicate de reconnaissance pour les jours de Homburg, qui, je suis heureux de constater, ont laissé chez vous, messieurs, et vos compatriotes d'agréables souvenirs."

Dieser Text der Erwiderung ist wohl in den Zeitungen falsch wiedergegeben, er enthält einen technischen (la plaquette — die Broschüre für la plaque — die Gedenktafel) und verschiedene grammatische Schnitzer. Indessen ist es nebensächlich, ob der Kaiser gut oder schlecht „französisch" spricht; wir wünschen nur, er hätte bei diesem Anlaß deutsch gesprochen. Selbst der gute Loubet wurde die Zumutung ablehnen, sich bei einem feierlichen Akte deutsch anreden zu lassen und deutsch zu antworten. Wir haben nicht einmal Grund, dem Französischen seine Stellung als „Diplomatensprache" zu belassen, und sicher keinen Grund, eine Unhöflichkeit mit einer Höflichkeit zu vergelten und nur die eine Pflicht, uns und unsere Sprache, wo es nur irgend angeht, durchzusetzen. Für dieses Ziel ist das Beispiel, das an der höchsten Stelle gegeben wird, keineswegs unwichtig.

Ein Tag der Abrechnung.

Die zweite Lesung der Kanalvorlage, die gestern im preußischen Abgeordnetenhause mit der Generaldebatte über das Schleppmonopol und die Motor-, Saar- und Lahnkanalisierung fortgesetzt wurde, erhielt ihre Signatur durch den Abg. Diederich Hahn. Einen merkwürdigen Eindruck mußte es von vornherein machen, als der Redner behauptete, speziell seine Freunde hätten angesichts der Erregung im Lande glättendes Oel auf die Kanalwogen gegossen und eine hohe vaterländische Mission erfüllt. Der Redner ließ sich durch den Widerspruch, der laut wurde, dazu verleiten, auf der Leiter des Selbstlobes und der Lobrede des Bundes immer höher zu klettern. Seine Freunde wollten wirtschaftliche Parität, nicht etwa einseitige Interessen. Als Herr Hahn sagte, der Bund halte die Königstreue aufrecht, wurde ihm entgegengehalten: und er stimmt sozialdemokratisch. Als der Widerspruch gegen die Zumutungen, mit denen Herr Hahn seinen Gegnern aufwarten zu können meinte, immer lebhafter wurde, sprach er von ungenügenden Informationen und forderte zum Besuch der Versammlungen des Bundes auf. Schallendes Gelächter folgte auf diese seltsame Naivetät. Die weiteren Leistungen des Redners standen auf derselben Höhe wie die vorausgegangenen. So sagte er, in Hannover verspreche man sich von dem Kanal keinen Vorteil. Unsinn! tönte es ihm entgegen. Herr Hahn aber kokettierte zum Schluß seiner Rede damit, daß er sich vollkommen frei von Animosität sowohl gegen die Regierung wie auch gegen die Kanäle an sich wisse, vom Standpunkte des nüchtern urteilenden praktischen Mannes aber die Vorlage in allen ihren Teilen ablehnen müsse. Sehr richtig begann der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben seine Rede mit dem Satze: der ernsten Debatte sei das Satirispiel gefolgt. Die Handelsverträge zeigten, was die Regierung für die Landwirtschaft getan habe. Was zwar nichts Neues, aber doch interessant aus ministeriellem Munde zu hören ist. Später rechnete auch der nationalliberale Abg. Wallbrecht mit Herrn Dr. Hahn ab. Er sagte etwa: Der Abg. Dr. Hahn hat sich dargestellt als ein Mann der Beruhigung. Der Minister hat ihm schon entgegnet, welcher Art seine Beruhigung ist. Ich kann aus meiner Erfahrung nur bestätigen: wenn je ein Mensch etwas zur Beunruhigung unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung in der Provinz Hannover getan hat, so hat es Herr Dr. Diederich Hahn getan. (Hört! hört! links.) Und das geht Tag für Tag so. Herr Dr. Diederich Hahn sagt immer, er wäre Niedersachse. Ich glaube, die guten Eigenschaften, die wir sonst bei den Niedersachsen haben, gegen ihn ab (Heiterkeit), denn die Niedersachsen sind sonst ruhige und verständige Leute (erneute Heiterkeit), die nicht andere Leute aufregen und unzufrieden machen. Im Gegenteil, der richtige Niedersachse läßt seinen Nachbarn in Ruhe, läßt ihn zufrieden und gönnt es ihm, wenn es ihm gut geht. Die Art und Weise des Herrn Dr. Diederich Hahn kennen wir ja .... (Im Hause herrscht andauernde große Unruhe). Präsident von Kröcher bittet wiederholt um Ruhe. Abg. Wallbrecht fortfahrend: Nun kommt sogar Herr Dr. Diederich Hahn mit seiner Königstreue an. Ja, meine Herren, die Königstreue setze ich bei jedem Menschen als selbstverständlich voraus. (Sehr richtig!) Aber sehr berechtigt ist es nicht, wenn er immer mit der Königstreue sich hier aufspielt und dann ein Bündnis mit den Welfen, eventuell auch mit der Sozialdemokratie macht. (Lebhafte Zustimmung und Sehr gut! links. Unruhe und Zurufe rechts: Unbewiesen!) Das ist keine richtige Königstreue. (Andauernde Unruhe rechts.) Dies vorausgeschickt, bin ich mit Herrn Dr. Diederich Hahn fertig, nachdem ich die Tatsachen konstatiert habe. (Erneute Zurufe und andauernde Unruhe rechts.) Abg. Wallbrecht ging zur Begründung des Antrages über, eventuell auch den Stichkanal nach Hildesheim—Peine zu bauen. Nunmehr wurde ein erneuter Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Abg. Hahn versuchte jetzt, im Namen seiner Freunde eine persönliche Bemerkung zu machen. Es kommt zu folgender Szene: Abg. Dr. Hahn will nach persönliche Bemerkungen „im Namen seiner Freunde" machen; Präsident v. Kröcher verhindert ihn daran mit dem Bemerken: Herr Abg. Hahn, ihre Freunde sind nicht Sie, und Sie nicht ihre Freunde. (Große Heiterkeit.) Abg. Hahn fährt jedoch fort, für seine Freunde zu sprechen, worauf der Präsident erregt bemerkt: Ich bitte Sie jetzt, mit ihren Freunden mir vom Leibe zu bleiben. (Stürmische Heiterkeit.) Der Abg. Hahn bestreitet sodann einer Bemerkung des Abg. Wallbrecht gegenüber, daß er jemals einen Welfen, Polen oder Sozialdemokraten einem Nationalliberalen gegenüber unterstützt habe (Zurnf bei den Nationalliberalen: Empfohlen!), auch nicht empfohlen. Er habe lediglich in Stade gesagt, daß er einen Nationalliberalen, der sich mit einem Sozialdemokraten verbündet — solche Fälle seien bereits vorgekommen. (Lebhafter Widerspruch bei den Nationalliberalen. Ruf: Unwahr! — gegen ein Mitglied des Bundes der Landwirte. Ruf: Einer ist so schlimm wie der andere!) Er habe also gesagt, daß er einem solchen Nationalliberalen gegenüber einen Welfen als kleineres Uebel betrachte. Er frage, wo da die Königstreue bleibe. Präsident v. Kröcher: Das letztere war nicht mehr persönlich. (Große Heiterkeit.) Also, um es kurz zu sagen: Es war ein Tag unerhörter Blamage für Herrn Dr. Diederich Hahn und für den von ihm vertretenen Bund — zugleich eine stimmungsvolles Präludium zur Vorstellung im Zirkus Busch.

Der Kaviarzoll.

Im neuen Zolltarif ist man bei dem Artikel Kaviar auf den gegenwärtigen Zollsatz zurückgegangen. Wir müssen gestehen, daß diese zärtliche Rücksicht auf die begüterten Bevölkerungsklassen keinen sehr angenehmen Eindruck macht. Wer für ungefähr seinen Beluga 250 ℳ zahlt, der wird wohl auch 3 ℳ zahlen können, ohne daß damit sein Budget stark erschüttert würde. Es kann doch nicht geleugnet werden, daß die notwendigen Lebensmittel durch den neuen Tarif sehr verteuert werden und es berührt gerade nicht angenehm, wenn dieses Prinzip vor den Delikatessen Halt macht.

Die englische Presse über den Fall Lee.

Der „Standard", der den Bericht über die Rede Lees zuerst in einem Auszug gebracht hat, läßt sich von seinem Berliner Korrespondenten melden, er erfahre, daß eine deutsche Gegenvorstellung geplant sei. Falls Lord Landsdowne nicht schleunigst jede Verantwortlichkeit für die Rede Lees ablehne, so werde die deutsche Regierung sich formell erkundigen, aus welchen Gründen ein Mitglied des englischen Ministeriums gegen das deutsche Reich einen Ton anschlage, den man hier als offen feindselig betrachte. Der Korrespondent spricht die Erwartung aus, die britische Regierung werde in der Lage sein, eine Erklärung zu bieten, um die ungünstigen Wirkungen von Mr. Lees Sprache auf die offiziellen Beziehungen Großbritanniens und Englands zu verhindern. Inzwischen aber könne man die Tatsache nicht verhehlen, daß die Rede des Zivillords auf der deutschen Seite der Nordsee den schlimmsten Eindruck hervorgerufen habe. Allen deutschen Blättern sei von der offiziellen deutschen Preßagentur ein langer Auszug geliefert worden, so daß er die weiteste Publizität erhalten hätte. Die „Drohungen" Lees, wie man sie nenne, hätten zweifellos das Publikum betört („hampered"), und die private Mühe und die Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen sei nun umsonst. Die Rede werde anderseits von dem Deutschen Flottenverein und dessen Verbündeten als „ausgezeichnetes Material" begrüßt. Dann gibt der Korrespondent eine Preßübersicht, die, bezeichnenderweise, die „Post" als „führendes Organ" zitiert. Im redaktionellen Text erwähnt der „Standard" etwas kleinlaut, doch auch recht ausführlich den deutschen „Anglophobe". Selbstverständlich seien alle Seemächte „mögliche Feinde". Die „Warnung" des Mr. Lee habe höchstens als eine Bereicherung der weisen Maxime: „Si vis pacem, para bellum" zu gelten. Leider scheine die deutsche Presse unfähig zu sein, die „Freiheit der Sprache" zu begreifen, die von den Politikern und Staatsmännern „dieses Landes" geübt werde. Nebenbei wird die Leugnung, daß die „Army and Navy Gazette" mit der englischen Regierung in Verbindung stehe, wiederholt. — Nachzutragen ist, daß der „Daily Graphic" Lees Rede als indiskret und törichte bezeichnet. „Was können wir anders erwarten, wenn wir amtlich und unamtlich fortwährend dem deutschen Volke in die Ohren schreien, wir betrachten seine Bestrebungen zur See als eine gegen uns gerichtete Drohung. Es ist das um so unklüger, als Herr Lee selbst darzutun scheint, daß der französische Faktor in den Berechnungen der Bedürfnisse zur See durch das französische Einvernehmen nicht sehr wesentlich vermindert worden ist. Das Erstaunliche aber ist, daß diese Beängstigungen in Sachen der Seemacht von Leuten in amtlichen Stellungen geäußert werden, denn schließlich war Herr Balfour noch taktloser gewesen als Herr Lee, während doch in den diplomatischen Beziehungen Englands und Deutschlands nichts vorliegt, was sie irgendwie rechtfertigen könnte." Nach der „St. J." schreibt die „Westminster Gazette": „Keine zivilisierte Regierung konnte ohne Streit oder irgend einem Vorwand sich der Flotte einer benachbarten Macht bemächtigen, bloß weil diese unbequem stark werden dürfte. Eine britische Regierung aber sei die allerletzte, der eine so gewaltsame und unsittliche Absicht unterzuschieben zu werden braucht. Wenn aber Lee das ihm Vorgeworfene wirklich zu sagen beabsichtigte, so würde er nicht Mitglied der Regierung bleiben. Wir hoffen", schließt das Blatt, „das werde in Deutschland verstanden werden." Die Sonntagszeitung „Sunday Special" sagt, ihre Freunde hätten in allen politischen Klubs weit mehr Zustimmung als Widerspruch gegen die Lesche Rede hören können. Ein hervorragender, mit der Regierung eng liierter Parlamentarier habe erklärt, Deutschland sei schuld an der Demütigung, die England in dem Hull-Streitfall habe hinnehmen müssen. Die einzige Antwort, welche England auf die russische Herausforderung bei Hull hätte erteilen dürfen, sei die Vernichtung der russischen Flotte gewesen. Die drohende Haltung Deutschlands jedoch habe England daran gehindert. Das britische Volk gewinne daher immer mehr die Ueberzeugung, daß die Aktionsfähigkeit Englands durch die stetige Vergrößerung der deutschen Kriegsflotte völlig gelähmt werde.

Deutsches Reich.

Leipzig, 7. Februar.

* **Der nationalliberale Delegiertentag**, welcher nach dem jüngsten Beschluß des Zentralvorstandes in diesem Jahre zu Dresden abgehalten werden soll, wird, wie nach der „Nat.-Ztg." in parlamentarischen Kreisen verlautet, schon in der zweiten Hälfte des Mai stattfinden. Für die Verhandlungen sind zwei Tage in Aussicht genommen. Am ersten soll über das neue Organisationsstatut der Partei endgültig Beschluß gefaßt werden. Der zweite Tag (ein Sonntag) wird dann der Erörterung politischer Fragen gewidmet sein.

* **Das Reichsgericht und der Auhstraat-Prozeß.** Das Reichsgericht hat, wie gemeldet, den Antrag des Redakteurs des oldenburgischen „Residenzboten", Biermann, sämtliche Richter des Oberlandesgerichts und Landgerichts zu Oldenburg wegen Besorgnis der Befangenheit abzulehnen, zurückgewiesen. Der Begründung dieses Beschlusses ist zu entnehmen, daß das Reichsgericht sich auf den Standpunkt gestellt hat, es habe nur die Befangenheit der Mitglieder des oldenburgischen Oberlandesgerichts, nicht aber auch die der Mitglieder des Landgerichts zu prüfen. Die gegen die fünf Mitglieder des oldenburgischen Oberlandesgerichts von Biermann und seinen Verteidigern beigebrachten Ablehnungsgründe erachtet das Reichsgericht nicht für ausreichend. Das Reichsgericht stellt dem oldenburgischen Oberlandesgericht anheim, die Unparteilichkeit der Mitglieder des oldenburgischen Landgerichts zu prüfen.

*

Berlin, 7. Februar.

* **Zu den Reiseplänen des Kaiserpaares** wird jetzt zuverlässig bekannt, daß beide Majestäten im März mit dem Prinzen Eitel Friedrich eine Mittelmeerfahrt zu unternehmen gedenken. Einzelheiten, insbesondere der Tag der Abreise, sind noch nicht festgestellt.

* **Das Befinden des Prinzen Eitel Friedrich.** Der heute morgen 9½ Uhr über das Befinden des Prinzen Eitel Friedrich ausgegebene Krankheitsbericht lautet: Der Prinz ist andauernd fieberfrei. Auf der rechten Seite ist der entzündliche Prozeß abgelaufen; der entzündliche Erguß im linken Rippenfellsack ist beinahe vollständig aufgesogen. Auch der untere Lappen der linken Lunge ist größtenteils frei, der Auswurf hat aufgehört. Das Allgemeinbefinden ist gut. Weitere Krankheitsberichte werden nicht ausgegeben.

* **Ueber die Drucksachen der Handelsvertragsvorlage** schreibt die „N. A. Z.": „In der Presse wird Beschwerde darüber erhoben, daß es den Interessenten bisher schwer gewesen sei, sich die Reichstagsvorlage wegen der neuen Handelsverträge zu beschaffen. Daran werden Klagen über bureaukratischen Schlendrian geknüpft, und man versteigt sich sogar zu der Behauptung, daß man die Verbreitung der Vorlage möglichst zu hindern suche, um der Kritik vorzubeugen. Für jeden Kenner der Verhältnisse unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Beschwerden und Vorwürfe ganz ungerechtfertigt sind. Am Abend des 2. Januar wurde der neue Handelsvertrag und das neue Viehseuchenübereinkommen mit Oesterreich-Ungarn unterzeichnet. Erst jetzt konnte in den beteiligten Reichsämtern an die endgültige Zusammenstellung der Vorlage herangetreten werden. Die Arbeit wurde mit Aufbietung aller Kräfte gefördert. Dann begann die Fertigstellung des Druckes in der Reichsdruckerei, welche ihrerseits alle Anstrengungen daransetzte und Tag und Nacht arbeitete. Trotz aller Beschleunigung war es bis zum 1. Februar, dem Tage der Einbringung der Verträge in den Reichstag, nur möglich, einen beschränkten Teil der sonst üblichen Reichstagsauflage herzustellen, welcher gerade ausreichte, um den Reichstagsmitgliedern und den nächstbeteiligten Stellen die nötigsten Exemplare zugehen zu lassen. Wenn man bedenkt, daß es sich um ein Werk von rund 200 Folioseiten mit zum Teil fremdsprachlichem Text und umfassenden Tabellendruck handelt, wird dies erklärlich erscheinen. Vom 1. Februar an ist die Reichsdruckerei beschäftigt gewesen, eine zweite Auflage für das Reichstagsbureau herzustellen, die so umfangreich bemessen ist, daß jeder Bedarf reichlich gedeckt werden kann. Ferner hat die Reichsdruckerei auch für Verlagsbuchhandlungen, die darum eingekommen waren, mehrere Hundert Exemplare gedruckt, um die Vorlage dem Publikum auch im Wege des Buchhandels zugänglich zu machen. Hierbei hat derart das Bestreben obgewaltet, zunächst den Bedarf der Oeffentlichkeit zu decken, daß der Druck der Verträge für die Ausgabe der Bundesratsdrucksachen bisher zurückgestellt worden ist und die Bundesregierungen und Bundesbevollmächtigten vorläufig nur eine ganz beschränkte Anzahl von Abzügen erhalten haben. Nun wird auch bemängelt, daß der Preis der Vorlage im Buchhandel auf 20 ℳ angesetzt ist. Dieser Preis ist jedoch wesentlich niedriger, als es nach den Gepflogenheiten des deutschen Buchhandels bei einem Werke von solchem Umfang und doch immer nur beschränkter und zweifelhafter Absatzmöglichkeit regelmäßig der Fall ist. Es ist auch zu bemerken, daß die beiden Teile der Vorlage, nämlich der die Verträge enthaltende Band und die Denkschrift, getrennt abgegeben werden, und zwar der erstere zum Preise von 6,50 ℳ, der letztere zum Preise von 13,50 ℳ. Endlich mag darauf hingewiesen werden, daß die Verlagsbuchhandlungen, für welche die Reichsdruckerei Abzüge hergestellt hat, keinerlei Privileg besitzen, und daß nichts entgegenstehen würde, wenn wirtschaftliche Verbände, die einen größeren Bedarf zu haben glauben, sich direkt an die Reichsdruckerei wenden." — Das am Schluß gemachte Angebot, das dem die Oeffentlichkeit bisher nichts gewußt hat, ist doch wahrscheinlich erst auf die Beschwerden wegen der Bezugsbedingungen zurückzuführen.

* **Kiautschau.** Nachdem am 14. November 1897 das Kiautschaugebiet militärisch besetzt worden war, wurde es durch den Vertrag vom 6. März 1898 von China dem Deutschen Reich „pachtweise" auf vorläufig 99 Jahre überlassen. Die Bezeichnung „Pacht" ist zwar dem Abschluß der ersten europäisch-chinesischen Verträge regelmäßig für die (tatsächlich eigentumsgleichen) privaten Rechte von Ausländern an Grundstücken in China üblich geworden." Durch Artikel III des Kiautschauvertrages hat China ausdrücklich auf die Ausübung aller Hoheitsrechte zu Gunsten Deutschlands verzichtet. Hierauf begründet, ist ebenso wie in den übrigen deutschen Schutzgebieten das deutsche Kolonialrecht zur Einführung gelangt. Vorläufig ist freilich das deutsche Kolonialrecht an sich noch nichts Abgerundetes, Selbständiges, da es sich immer noch in „historischer" Abhängigkeit vom deutschen Konsulatrecht befindet. Wir sind gerade beim Reichsmarineamt, unter dessen Verwaltung Kiautschau steht, gewohnt, daß man sich dort den Forderungen einer gesunden Kolonialpolitik nicht verschließt. Zu diesen Forderungen gehört, daß endlich in Kiautschau eine zweite Gerichtsinstanz mit dem Sitz im Schutzgebiete selbst geschaffen werde. Heute wirkt noch immer als zweite Instanz der deutsche Generalkonsul in Schanghai.

* **Die Geschäftslage im Abgeordnetenhause** dürfte sich nach der „Tägl. Ztg." in dieser Woche wie folgt gestalten: Die zweite Lesung der Kanalvorlage dürfte heute, spätestens Mittwoch zu Ende gehen. Es soll für den Rest der Woche das Freiwaltungsgesetz und der Etat des Handelsministeriums beraten werden. Die dritte Lesung der Kanalvorlage dürfte am Montag, den 13. Februar, vorgenommen werden.

*

* **Der Generalstreik der Bergarbeiter.** Die Siebenerkommission der Bergleute richtete ein Telegramm an das Oberbergamt in Dortmund, worin sie über die Führung der Untersuchung auf den einzelnen Zechen Beschwerde erhebt und das Oberbergamt ersucht, zu den Verhandlungen der Untersuchungskommission vereidigte Stenographen hinzuziehen. Ferner verlangt das Telegramm, daß den Belegschaftsdelegierten, entsprechend der früheren Praxis, gestattet sein soll, in den Sitzungen weiteres Material beizubringen. Angesichts des ersten Jahrestages an die Streikenden ist es bemerkenswert, daß nach einem dem „B. T." aus Essen zugehenden Privattelegramm bei den beiden Bergarbeiterverbänden bisher über einer Million Mark an Unterstützungen eingegangen. Hiernach wird also die Unterstützung wohl durchweg gezahlt werden können. Wie es das nächste Mal damit aussieht, das ist weniger sicher.

Dem „Reichsz." zufolge soll die Novelle zum Berggesetz in etwa vierzehn Tagen an den Landtag kommen. Ueber die kolossalen Schädigungen, welche die deutsche Volkswirtschaft durch den Streik schon jetzt erlitten hat, stellt das Blatt folgende Rechnung auf:

„An zuständiger Stelle berechnet man den Schaden, welchen die deutsche Volkswirtschaft durch den Streik jetzt schon erlitten hat — den schon eingetretenen Schaden und den, welchen der bis jetzt erfolgte Ausfall in der Kohlenförderung noch herbeiführen muß — auf rund 200 Millionen Mark; jeder folgende Streiktag erhöht diese Summe um 10 Millionen Mark und mehr, weil nicht allein die Kohlenindustrie, sondern sämtliche Industrien, Händler und Kaufleute mit geschädigt werden."

Um so mehr muß man auf eine baldige Beilegung des Streiks hoffen.

Aus Schlesien liegt folgende Meldung vor:

Bei der Schlesischen Kohlen- und Kokswerke-Aktiengesellschaft in Gottesberg sind 4000 Bergleute ausständig. In Anwesenheit des Direktors fand mittags eine Vertrauensmännerversammlung statt. Den Arbeitern wurde eine Lohnerhöhung zugesichert, so daß die Bergleute das Gleiche verdienen sollen, wie vor der letzten Lohnherabsetzung. Die Vertrauensmänner versprachen, die Wiederaufnahme der Arbeit anzuempfehlen.

Valeska nahm den Brief ruhig und las. Aufgeregt ging Agnes indessen hin und her.

„Nun, und? . . ." fragte Valeska, indem sie mit derselben ruhigen Miene, mit der sie ihn in Empfang genommen hatte, den Brief zurückreichte.

„Ja, was meinst du?" sagte Agnes, indem sie, die Blicke zum Fenster hinaus gewandt, den Brief kleiner und kleiner zusammenknüllte. „Nun lächelte sie ein wenig. „Wenn ich auch nicht recht daran glaube, man könnte es doch versuchen —"

„Geh zu ihr! Geh!" rief Valeska heftig, die Arme kreuzend und ein finsteres Gesicht machend.

„Aber Valeska! Ich meinte ja nur —"

„Geh! Laß dich bemuttern von ihr, schwinge den Kochlöffel und werde glücklich!"

Agnes kam zu Valeska, umfaßte sie und bat zärtlich: „Sag mir doch nicht so häßliche Worte!"

Da packte Valeska sie bei den Armen und sprang auf. „Agnes! Agnes! Nein, das begreife, wer kann! Ich dachte wirklich, du würdest es wagen, einen kühnen Schritt vorwärts zu tun, — jetzt willst du zwanzig zurückkriechen!"

„Aber du hast doch gelesen, — sie meint es so gut —"

„Natürlich! Auch der Bauer draußen auf dem Acker meint es gut, — willst du dich darum wie er vor den Pflug spannen?"

„Sie ist so sicher, so siegesgewiß —"

„Wie alle Einseitigen."

„Ja, ja, aber als ich das alles so las, mir schien doch, als ob sie die Zeit aus dem Grunde verstände."

„Auf jedem Gebiet gibt es Rückbildungen. Weil sie da sind, sind sie noch nicht gut. Und man muß sich nur nicht einbilden, daß sie den neuen Typus vorstellen. Man muß unterscheiden lernen."

Rückbildungen! hatte Valeska gesagt. Nein, mit Rückbildungen — so dachte Agnes jetzt — möchte sie doch auch nichts zu tun haben. „Es ist so schwer, das Rechte zu finden", klagte sie.

Valeska hob stolz den Kopf. „Freilich, schwer ist es. Es kostet Opfer. Und wer sie nicht bringen kann, muß fernbleiben. Aber wer sie bringen kann, Agnes, der ersteigt nie geahnte Höhen der Menschheits-Entwickelung!" Sie ließ Agnes stehen und ging im Zimmer auf und nieder. „Es gibt Gott sei Dank Beispiele von erhabenstem Opfermut unter den Frauen. Ich denke an meine Freundin Amélie Lipoff. Hindernisse über Hindernisse hat sie überwunden. Ihr Vater enterbte sie, und sie kam bettelarm nach Deutschland. Eine Prinzessin drüben, hier eine Bettlerin. Sie fing an, Unterricht zu geben, darbte sich ein Sümmchen zusammen, mit dem sie in der Schweiz ihr Studium beginnen wollte. Da wurde sie krank und mußte alles wieder hingeben, aber sie blieb standhaft und fing von vorn an. Eine gute Stelle als Erzieherin ließ sie aufatmen. Aber sie merkte, daß sie ihr Ziel aus den Augen verlor, eine Liebe nahm sie gefangen, sie entfloh nach der Schweiz und blieb standhaft. Und wieder darben, wieder Enttäuschungen, wieder Hindernisse. Endlich aber öffnet sich die goldene Pforte, sie findet uneigennützige Menschen, die ihr forthelfen. Wie Himmelssonnenschein bricht es über sie herein in ihrem kleinen Studierstübchen. Nun ist sie wieder Prinzessin, wenn auch in anderer Bedeutung als früher, und die drüben in ihrer Heimat — trotz allen Glanzes — sind Bettler gegen sie. Meine liebe, tapfere Amélie! Ich habe manchmal so brennendes Verlangen, sie wieder zu sehen, in ihre klugen, lieben Augen zu blicken und mich an ihrem wunderbaren Mut, an ihrer wahrhaft sittlichen Größe aufzurichten, wenn ich nur Kleinheit und Kriecherei um mich sehe. Wo sind Menschen, die das Große fühlen und auf ein großes Ziel sehen! Alles denkt nur an das Nächstliegende, an den lieben Frieden, die Bequemlichkeit und das nächste Mittagessen. Das ist ja kein Leben! Vegetieren ist das, dumpfes Hinbrüten von einem Tag zum andern. Stumpfsinnigkeit, Erbärmlichkeit!"

Agnes umfaßte die Schwägerin stürmisch. „Verzeih mir, Valeska! Ich fühle ja, wie groß du denkst und wie du mir helfen möchtest. Ich wollte dir ja auch folgen, du weißt es. Wenn ich nur erst wüßte, was geschehen soll. Verzeih, wenn ich kleinmütig war! Ich glaubte einen Augenblick, ich könnte mir Walter und die Kinder erhalten —" Sie fing an zu weinen.

„Das kannst du ja auch, sollst du ja auch!"

Agnes sah unter Tränen Valeska an.

„Wirklich?"

„Glaubst du etwa, daß Walters Anschauungen sich nicht auch ändern werden?" sagte Valeska.

Agnes sah bewundernd auf die Schwägerin.

„Ihn willst du also auch —"

„Bekehren? Warum nicht? Er will ja auch das Rechte, ist nur noch verblendet. Und dann — sobald erst die Einheitlichkeit der Anschauungen zwischen Euch hergestellt ist, — ja dann sinkt doch alles, was mit Gestaltung Eurer Häuslichkeit zusammenhängt, zu einer bloßen Formfrage herab. Für mich ist nun einmal die ganze Haushaltungsspielerei eine Nebensächlichkeit, die keine strebende Frauenseele befriedigen kann, die man niemehr seinen Angestellten überlassen soll. Ich sehe, ich fühle ja, — du hast es mir auch selbst gesagt, daß dein inneres Gefühl dich von diesen Dingen abstößt. Und du, wolltest dich nicht frei machen?"

„Doch! Ich will ja!" sagte Agnes und barg ihr Gesicht an Valeskas Schulter. „Sobald du wieder zu mir sprichst, reißt du mich mit fort. Was ist es nur?"

„Was es ist? Die Sieghaftigkeit meiner Sache."

Agnes hob den Kopf. „Deine Augen leuchten", sagte sie.

„Ich höre sie anmarschieren", fuhr Valeska wie in Begeisterung fort, „sie kommen mit jauchzendem Ruf und klingendem Spiel, die Bataillone unserer mutigen Kämpferinnen. Auf ihren Stirnen leuchtet der Sieg, sie marschieren der Morgenröte entgegen. Willst du feige zurückbleiben, wenn es gilt, eine Schlacht zu schlagen, wie die Welt sie noch nicht gesehen hat, eine Schlacht, die allem Erdendasein eine andere Richtung geben wird? Willst du zu den geistig Armen gerechnet werden, auf die man voll Spott und Hohn herabblickt?"

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.